

QUARTALSBERICHT

Projektland: Kuba

Quartal/Jahr: II/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Begrenzung der Amtszeiten von Politikern**
2. **Suche nach Öl auf hoher See**
3. **50 Jahre Schweinebucht-Invasion**
4. **Kuba will seinen Bürgern Reisefreiheit gewähren**
5. **Fidel Castro gibt Parteiführung an Bruder Raúl ab**
6. **Kubas Kommunisten billigen Wirtschaftsreformen**

BEGRENZUNG DER AMTSZEITEN VON POLITIKERN

Raúl Castro sprach sich für eine Begrenzung der Amtszeiten von Politikern aus. Er erklärte, politische Ämter dürften künftig nur noch maximal zehn Jahre hintereinander ausgeübt werden. Er schlug eine Begrenzung auf zwei Amtszeiten von jeweils fünf Jahren vor.

Ein Vorschlag, der Fidels Beifall fand. „Die neue Generation ist aufgerufen, alles zu berichtigen und ohne Zögern zu verändern, was berichtigt und verändert werden muss, um die Revolution zu Ende zu führen“, schrieb Fidel in seiner Kolumne.

Raúl beklagte den durch die Blockade der alternden Revolutionsführer größtenteils selbstverschuldeten Mangel an jungen Politikern in der kubanischen Regierung. Fidel und er hätten mehrfach vergeblich versucht, junge Führungskräfte zu fördern, scheiterten aber unter anderem am eigenen Machtanspruch und am Misstrauen gegenüber dem Nachwuchs.

Der 1965 geborene Felipe Pérez Roque, im Jahre 1999 von Fidel als Außenminister und jüngstes Mitglied der Regierung eingesetzt, musste vor zwei Jahren seinen Hut nehmen. Angeblich sei er vom „Honig der Macht“ vergiftet gewesen, so der Staatschef damals, und habe sich zu sehr um eine Entspannung des Verhältnisses zu den USA bemüht.

Laut Raúl soll mit solchen Selbstbehinderungen nun Schluss sein. „Heute müssen wir uns mit den Konsequenzen auseinandersetzen, keine Ersatzleute einsatzbereit zu haben“, sagte Raúl.

Der regierungskritische Ökonom Oscar Espinoza begrüßte die Begrenzung der Amtszeiten von Politikern. Er kritisierte jedoch das Fehlen politischer Reformen und forderte, dass der Kommunistischen Partei ihre dominierende Rolle in der kubanischen Politik durch eine Verfassungsänderung genommen werden müsse.

SUCHE NACH ÖL AUF HOHER SEE

Die kubanische Regierung will im Golf von Mexiko nach Öl bohren. Der spanische Energiekonzern Repsol hat eigens für Kuba eine Bohrinne mit chinesischer Technik bauen lassen. Diese soll Kuba ab September oder Oktober zur Verfügung stehen und in bis zu 3.650 Metern Tiefe Öl fördern können. Kuba schätzt seine Ölvorkommen auf hoher See auf 20 Millionen Barrel.

Das Öl-Fieber der kubanischen Regierung hat auch Norwegen erfasst. Das skandinavische Land will das kommunistische Kuba bei der Suche nach Ölvorkommen auf hoher See unterstützen. Die stellvertretende norwegische Regierungschefin Ingrid Fiskaa sagte bei einem Besuch in Havanna, beide Staaten wollten ihre Erfahrungen im Umgang mit Ölvorkommen und Bohrtechnologien teilen. Ein entsprechendes Abkommen wurde unterzeichnet.

50 JAHRE SCHWEINEBUCHT-INVASION

Mit einer gigantischen Militärparade gedachte das kommunistische Kuba des Sieges über die USA vor exakt fünf Jahrzehnten in der Schweinebucht. Der militärische Angriff der USA auf das Land wurde von Exilkubanern mit Unterstützung des amerikanischen Geheimdienstes CIA durchgeführt – und scheiterte kläglich. Der Sieg gilt in Kuba als Triumph des Kommunismus über den Imperialismus.

Der in Armeeuniform gekleidete 79-jährige Staatschef Raúl Castro nahm an der Militärparade in Havanna auf dem Platz der Revolution gemeinsam mit seinen Mitstreitern aus Partei und Regierung teil. An seiner Seite befand sich auch Margot Honecker, die Witwe des früheren DDR-Staats- und Parteichefs Erich Honecker, die aus Chile angereist war.

Zu Beginn des Aufmarsches ehrten die Anwesenden Castros 84-jährigen Bruder, den Revolutionsführer Fidel, der nicht an der Feier teilnahm. Fidel regierte Kuba seit dem Jahre 1959 und übergab die Macht im Juli 2006 aus gesundheitlichen Gründen an seinen Bruder Raúl.

Mehr als eine halbe Million Menschen wohnten den Feierlichkeiten bei. Nach der Militärparade marschierten tausende kubanische Bürger über den Platz und skandierten klassische revolutionäre Schlachtrufe wie „Es lebe das freie Kuba“ und „Vaterland oder Tod“.

Die Militärparade zeigte erneut, dass die Militärs in Kuba das Sagen haben. Diplomaten schätzen, dass rund 35 Prozent der kubanischen Unternehmen von Militärs geleitet werden. Für Raúl Castro sind die Streitkräfte die Garanten der sozialistischen Ordnung – aber auch der Reformen, die den Sozialismus nun endlich stärken sollen.



Ein vor fünfzig Jahren in der Schweinebucht zum Einsatz gekommener und an der Militärparade beteiligter Panzer wird in das Revolutionsmuseum zurückgebracht.

(Foto: Klaus Georg Binder)

KUBA WILL SEINEN BÜRGERN REISEFREIHEIT GEWÄHREN

Die kubanische Regierung prüft, ihren Bürgern erstmals seit einem halben Jahrhundert Urlaubsreisen ins Ausland zu erlauben.

In einem Reformplan, welcher vom VI. Parteitag der kommunistischen Partei Kubas beschlossen wurde, heißt es: „Es wird eine Politik untersucht, die es den im Land residierenden Kubanern erleichtert, als Touristen ins Ausland zu reisen.“ Dabei sei ein heikler Punkt, wie mit Dissidenten verfahren werden soll, denen normalerweise das Verlassen der Insel verboten ist.

Derzeit müssen Bürger für Auslandsreisen eine Ausreisegenehmigung beantragen, welche 150 USD kostet und damit für kubanische Verhältnisse kaum erschwinglich ist. Die Genehmigung kann verweigert werden, wird sie ausgestellt, gilt sie für maximal 30 Tage.

FIDEL CASTRO GIBT PARTEIFÜHRUNG AN BRUDER RAÚL AB

Gegen Ende des VI. Kongresses der Kommunistischen Partei Kubas wurde mitgeteilt, dass Staatspräsident Raúl Castro von den 1.000 Delegierten des Kongresses zum Ersten Sekretär der Partei gewählt wurde. Der 79-jährige Raúl, bisher Zweiter Sekretär, übernimmt die Parteiführung von seinem fünf Jahre älteren Bruder Fidel, der seit über einem halben Jahrhundert Parteichef gewesen ist. Bereits vor Beginn des Kongresses hatte Fidel Castro die Öffentlichkeit davon in Kenntnis gesetzt, dass er das Amt des Ersten Sekretärs der Kommunistischen Partei Kubas abgeben habe.

Zum neuen Zweiten Sekretär wurde der 80-jährige José Ramon Machado, ein Hardliner der alten Garde, gewählt. Machado ist seit dem Jahre 2008 die Nummer zwei in Staat

und Regierung. Den Posten des Dritten Parteisekretärs hat nun der 78-jährige Ramiro Valdés Menéndez inne.

Mit Fidel Castro verlässt der wohl schillerndste Politiker Lateinamerikas der vergangenen Jahrzehnte die politische Bühne. Kaum ein linker Staatschef erfreute sich größerer Bekanntheit. Doch aus dem „Máximo Líder“ ist nun ein alter Mann geworden, der mit der Tagespolitik abgeschlossen hat.

KUBAS KOMMUNISTEN BILLIGEN WIRTSCHAFTSREFORMEN

Die 1.000 Delegierten des VI. Parteitages der Kommunistischen Partei Kubas stimmten einmütig für eine „Aktualisierung“ des sozialistischen Modells. Grundsätzlich halte Kuba aber am Sozialismus fest. Nur dieser sei in der Lage, „die Errungenschaften der Revolution“ zu bewahren, heißt es.

In den neuen „Leitlinien für die Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sind 300 Maßnahmen aufgelistet, mittels derer der ökonomische Kollaps des Landes abgewendet werden soll. Es handelt sich um Schritte in Richtung Privatwirtschaft, der unproduktive Staatsapparat soll gesundschrumpfen.

Raúl Castro hatte den Delegierten Veränderungen in der Energie- und Steuerpolitik sowie bei der Entwicklung von Industrie, Landwirtschaft und Tourismus vorgeschlagen. Bis zum Jahre 2015 sollen 1,8 Millionen Arbeitskräfte vom staatlichen in den privaten Sektor der Wirtschaft transferiert werden. Eine Verlagerung der wirtschaftlichen Schwerpunkte von der Staats- in die Privatwirtschaft ist beabsichtigt. Vorgesehen sind auch eine Kürzung der staatlichen Subventionen sowie eine Dezentralisierung des Staatsapparats.

Seit vergangenen Oktober dürfen die Kubaner in rund 180 Wirtschaftssparten Kleinunternehmen gründen und auf eigene Rechnung agieren. Der private Handel mit Immobilien und Kraftfahrzeugen wird noch in diesem Jahr zugelassen werden. In Zukunft soll es mehr private Kooperativen geben. Die privaten Restaurants, die berühmten „Paladares“, dürfen nun über 50 statt bislang 20 Sitzplätze verfügen. Staatliche Restaurants, die keinen Überschuss abwerfen, sollen fortan an private Betreiber verpachtet werden. Alle Privatunternehmer dürfen nun nach eigenem Gusto Arbeitskräfte einstellen. Die bisher diesbezüglich geltende Beschränkung auf Familienangehörige und lediglich wenige Fremdangestellte entfällt.

Hohe Steuern hatten die erste Privatisierungswelle Mitte der 90er Jahre abgewürgt. Solches soll diesmal unter allen Umständen verhindert werden. Die kubanische Regierung hofft, den privaten Sektor mit niedrigen Steuern zu stimulieren. So wurden die Steuern auf Mietraum für ein Jahr gesenkt. In anderen Wirtschaftssparten wurden die bei der Steuer anrechenbaren Werbungskosten erhöht. Taxifahrer und Herbergsbetreiber können während notwendiger Reparaturarbeiten an Fahrzeugen und Unterkünften für maximal sechs Monate von der Steuer befreit werden. Privatunternehmern, welche bis zu fünf Arbeitskräfte beschäftigen, können die normalerweise für die Arbeitskräfte zu zahlenden Steuern ein Jahr lang erlassen werden.

Fraglich ist, ob die von den Delegierten des VI. Parteitags abgesegneten Wirtschaftsreformen ausreichen und ob die auf diese nur mangelhaft vorbereitete kubanische Gesellschaft diese auch verwirklichen kann. Was passiert, wenn der private Sektor nicht in der Lage ist, all die aus dem staatlichen Sektor Entlassenen aufzunehmen? Was wird aus den Kubanern, die es nicht auf eigene Rechnung schaffen? Was passiert, wenn sich die Kubaner die vom privaten Sektor angebotenen Dienstleistungen nicht leisten können? Wie sollen die Kleingewerbetreibenden existieren, wenn sich die dazu notwendigen Vorleistungen kaum beschaffen lassen?

Die neuen Maßnahmen können nur ein Anfang sein. Damit Kuba wieder auf die Beine kommt, müssen weitere Restriktionen gelockert werden. So sollten beispielsweise das Nebeneinander von Peso Cubano und Peso Convertible (doppelte Währung) abgeschafft, der private Großhandel erlaubt und die Rechte der ausländischen Unternehmen gestärkt werden. Die kubanische Revolution muss sich mit der Marktwirtschaft anfreunden, wenn sie überleben will.

Prof. Dr. Klaus Georg Binder

Der Autor ist Leiter der Vertretungen der Hanns-Seidel-Stiftung in Bogotá, Kolumbien, und Caracas, Venezuela.

IMPRESSUM

Erstellt: 01.08.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de